



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, HEILIGENSTEINER STR. 48, 67354 RÖMERBERG

Kreisverwaltung Rhein-Pfalz Kreis
Herrn Landrat Körner

Europaplatz 5
67063 Ludwigshafen

Kreistagsfraktion
RHEIN-PFALZ-KREIS

Heinz-Peter Schneider
Fraktionsvorsitzender

Heiligensteiner Str. 48
67354 Römerberg
Tel: +49 (0) 6232-850 215
hp-schneider@gmx.de

Römerberg, 10.01.10

**Anfrage zur aktuellen Geschäftspolitik der Gesellschaft für Arbeitsmarktintegration
Vorderpfalz – Ludwigshafen**

Sehr geehrter Herr Körner,

wir gehen davon aus, dass Sie bis zu einer angekündigten neuen Geschäftsverteilung in der Kreisverwaltung derzeit unmittelbar den Geschäftsbereich „Jugend und Soziales“ führen und damit auch verantwortlich sind für die Belange des Landkreises in der Gesellschaft für Arbeitsmarktintegration Vorderpfalz-Ludwigshafen m.b.H..

Herr Abteilungsleiter Baader hat uns dankenswerter Weise zu unserer Fraktionsklausur im Dezember 2009 statistisches Material zur Situation der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Stand November 2009) zukommen lassen. Wir haben damit, was die Zahlen der Bedarfsgemeinschaften, der erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen insgesamt wie auch für die Gruppe der unter 25-jährigen im Rhein-Pfalz-Kreis wie im gesamten Bereich der Arge angeht, einen aktuellen Grundbestand an Informationen zur Situation; wir wüssten allerdings darüber hinaus, was die GfA beispielsweise mit den über 4000 Jugendlichen in ihrem Bereich (Nov 09: 4139 U25) im Augenblick konkret tut?

Dies geht leider aus diesen Grundinfos nicht hervor.

Im unterzeichneten Gesellschaftervertrag ist unter §7 Abs. 9 festgelegt, dass die Geschäftsführung zum 31.03. und 30.09. der Gesellschafterversammlung schriftlich über aktuelle Entwicklungen und alle wichtigen Vorgänge der Gesellschaft berichtet. Die Geschäftsführung stellt weiterhin einen Wirtschaftsplan auf und erarbeitet in Abstimmung mit der Gesellschafterversammlung eine Jahresplanung und eine Zielvereinbarung in Bezug auf die Integration von Leistungsberechtigten. Ich wiederhole diesen Absatz aus dem Gesellschaftervertrag deswegen, weil gerade Letzteres – die Formulierung einer Zielvereinbarung – nach meiner Einschätzung über die laufende Verwaltung hinaus geht und einer politischen Diskussion und Beschlussfassung in den politischen Gremien bedarf.

Ich bitte Sie als erste Maßnahme zu mehr Transparenz und politischer Mitgestaltung in der GfA Vorderpfalz-Ludwigshafen m.b. H. um eine Überlassung der jüngsten Unterlagen wie sie in §7 Abs. 9 des Gesellschaftervertrages aufgeführt sind.

Mit freundlichem Gruß

Heinz-Peter Schneider